

SONNTAGSINTERVIEW: MARIA LEZZI

«Ein Patentrezept gibt es nicht»

Im Alpenraum gebe es viele Spannungsfelder, sagt Maria Lezzi. Darum lädt die Leiterin des Bundesamts für Raumentwicklung zu einer Konferenz nach Poschiamo. Und sie sagt: Im Zweitwohnungsstreit könne man es nie allen recht machen.

Mit Maria Lezzi sprach Urs Zurlinden

Frau Lezzi, sind Sie eine Zynikerin?
Maria Lezzi: Nein, ich bin eine realistische Optimistin.

Nächste Woche eröffnen Sie in Poschiamo eine mehrtägige Konferenz unter dem Titel «Erneuerbare Alpen». Das tönt doch reichlich zynisch?

Keineswegs. Erneuerbare Alpen bedeutet einerseits, sich mit erneuerbarer Energie in den Alpen auseinanderzusetzen. Und andererseits geht es darum, wie wir die Zusammenarbeit in den Alpen runderneuern können.

Wie lässt sich denn ein touristisch intensiv genutzter Alpenraum erneuern?

Es ist doch die ständige Aufgabe eines Wirtschaftsraums, sich zu erneuern. Im Tourismus ist es offensichtlich: Der Klimawandel kommt auf uns zu. Weil die Gletscher schmelzen, muss die touristische Infrastruktur vielleicht angepasst werden. Und das Beherbergungsangebot muss auf die neuen Bedürfnisse der Kundschaft ausgerichtet werden. Es gibt zahlreiche Aspekte, die sehr wohl erneuerbar sind. Es gibt kein Stillstehen.

Wie wollen Sie den Spagat zwischen dem Schutz der Alpen und ihrer Nutzung überwinden?

Schutz und Nutzung der Alpen sind tatsächlich zwei Pole. Daran ist ständig zu arbeiten, und ein Patentrezept gibt es nicht. Aber es gibt Beispiele, wie der Spagat gut gelingt.

Nämlich?

Im Bereich Energieproduktion: In der Alpenkonvention haben wir gemeinsam Leitlinien erarbeitet zur Kleinwasserkraftnutzung. Da haben wir uns abgestimmt auf das Beispiel des Kantons Bern, der das Potenzial der Kleinwasserkraftnutzung auslotet und dann den Schutzinteressen gegenüberstellt. So werden Gebiete ausgeschieden, wo es wirklich keinen Sinn macht, jemals über Kleinwasserkraftwerke nachzudenken – während andere Gebiete sehr wohl genutzt werden können. Werden solche Vergleiche transparent gemacht, hilft das im Dialog mit der Bevölkerung und mit möglichen Investoren, während die Diskussionen mit den Schutzverbänden ja bereits geführt wurden.

«Der Verkehr ist ein ständiges Traktandum»

Die Alpen sind der Lebensraum von 13 Millionen Menschen. Da sind Konflikte unausweichlich.

Ja und nein. Die Alpen sind eben auch Transiträume und werden auch von der Bevölkerung ausserhalb der Alpen genutzt. Das sind Spannungsfelder, die man in der Alpenkonvention noch stärker thematisieren müsste. Der Verkehr ist bereits ein ständiges Traktandum. Neu zu vertiefen sind die Anspruchshaltung und Erwartungen jener Metropolen, die rund um die Alpen liegen. Auch innerhalb der Alpen tun sich Spannungen auf: In der einen Talschaft haben wir Wachstum, in der anderen Entleerung. Das sind inneralpine Spannungen, die man sehr sorgfältig aufarbeiten und lösen muss.

Haben Sie einen Lösungsvorschlag?

Ein exemplarisches Beispiel ist gerade Poschiamo: Das an sich peripher gelegene Poschiamo hat ein modernes Weiterbildungszentrum mit modernster Informationstechnologie – der Polo Poschiamo – dessen Angebot inzwischen bis ins Veltlin ausstrahlt.

In Poschiamo werden 400 Konferenzteilnehmer erwartet.

Da wird viel geredet und wenig gehandelt?

Eine Konferenz handelt nicht. Ziel einer Konferenz ist das Austauschen von Ideen, um dann inspiriert nach Hause zu gehen und dort die Entscheidung zu fällen und zu handeln.

Welches ist denn Ihr Ziel für die Mega-Veranstaltung?

Ziel ist einmal, die zahlreichen unterschiedlichen Akteure im Alpenraum zusammenzubringen und aufeinander abzustimmen. Es geht aber auch darum, Kontakte zu knüpfen, damit schliesslich mittels konkreter Projekte vor Ort in den Alpen Wirkung erzielt wird.

Eines dieser konkreten Projekte ist ein Walsweg Graubünden. Worum geht es dabei?

Der Walsweg ist wie ein Impulsprojekt mit verschiedenen Stationen angelegt: Die Wandernden erhalten von der lokalen Bevölkerung zusätzliche Angebote.

Und was ist an einem neuen Wanderweg besonders nachhaltig?

Es muss ja nicht unbedingt eine neue Idee sein:

Wandern ist seit jeher eine Freizeitbeschäftigung mit viel Zuspruch. Daran anknüpfend neue Angebote zu schaffen, kann für eine ganze Region attraktiv sein.

Am Freitag reisen dann die Umweltminister der Länder

der Alpenkonvention an. Welches Ziel verfolgt Bundesrätin Doris Leuthard als Gastgeberin?

Wir haben eine Liste mit verschiedenen Traktanden: Es geht darum, die inneralpine Zusammenarbeit zu verstärken und sich darauf zu verständigen, wie man sich in Europa mehr Gehör verschaffen kann. Im Weiteren sollen gewisse Schwerpunktthemen etwa im Energiebereich miteinander vereinbart werden.

«Es gibt noch enorm viel zu tun!»

Sind anstehende Beschlüsse fällig?

Ja, sonst würden wir ja keine Konferenz machen. Aber ich kann die Beschlüsse nicht vorwegnehmen. Wir organisieren nicht eine Ministerkonferenz, wo die Beschlüsse nur abgenickt werden.

Was ist denn unter einer nachhaltigen Wirtschaft gemäss Alpenkonvention überhaupt zu verstehen?

Neben Fragen zu den Ressourcen geht es stark um ökonomische und sozio-demografische Fragestellungen. In der Landwirtschaft zum Beispiel können

ten Alp- und Bergprodukte mit einem eigenen Label besser bekannt gemacht werden.

Da ist Graubünden vorbildlich.

Genau. Von solchen Erfahrungen lässt sich lernen und über den ganzen Alpenbogen spannen. Im Tourismus haben wir noch kaum alpenweite Projekte.

Was halten Sie von dem Luxusresort in Andermatt, das der ägyptische Unternehmer Samih Sawiris plant?

Es ist für mich nachvollziehbar, dass Andermatt nach dem Wegzug des Militärs Entwicklungsperspektiven gesucht hat. Der ganze Prozess im Hinblick auf die Realisierung der Resorts ist vorbildlich: Frühzeitig wurden alle Partner einbezogen und die verschiedenen Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt. Ob die Umsetzung gelingt, werden wir sehen.

Die Alpenkonvention ist seit 1991 in Kraft, seit 1999 ist auch die Schweiz dabei. Wie ist Ihre Bilanz?

Es ist ganz wesentlich, dass wir über ein Gremium verfügen, das sich über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus mit den Alpen beschäftigt. Aber es gibt noch enorm viel zu tun! Die Verbindung zu konkreten Projekten muss noch besser gelingen. Zudem sind neben den rein ökologischen noch weitere Aspekte stärker einzubeziehen.

Was wäre prioritär zu tun?

Absolut zentral ist ein Zusammenschluss der Alpenakteure in Europa, um frühzeitig, beispielsweise in der EU-Landwirtschaftspolitik, Einfluss zu nehmen und so in der EU einen besseren Rückhalt zu finden.

Wird denn der Alpenraum in Brüssel zu wenig wahrgenommen?

Ja, eindeutig. Zudem sollten wir in der Produktion und Verteilung der Energie einen grossen Schritt weiterkommen. Daneben gibt es kleine, aber wirkungsvolle Projekte wie ein Architekturwettbewerb «Nachhaltiges Bauen in den Alpen».

FORTSETZUNG AUF SEITE 16

Maria Lezzi ...

... wurde am 15. September 1963 geboren und wuchs in Zürich auf. Das Studium in Geografie und Agrarwissenschaften an der Universität Zürich schloss sie mit einer Dissertation über Raumordnungspolitik in europäischen Grenzregionen ab. Bis 2001 war sie stellvertretende Geschäftsführerin von Regio Basiliensis, einem Verein, der die Entwicklung der Oberrhein-Region verfolgt, danach leitete sie acht Jahre die Abteilung Planung im Hochbau- und Planungsamt des Kantons Basel-Stadt. Von 2004 bis 2009 war sie zudem Mitglied der ausserparlamentarischen Kommission Rat für Raumordnung. Seit 2009 ist sie Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung. Lezzi ist verheiratet und wohnt in Münchenstein bei Basel. (uz)



Bild Manuel Zingg/Ex-Press

«Ein Patentrezept gibt es nicht»

FORTSETZUNG VON SEITE 15

Sind Olympische Winterspiele mit der Nachhaltigkeit einer Alpenkonvention vereinbar?

Grundsätzlich schon, wenn sie gut ausgerichtet werden. Ich bin zuversichtlich: Wenn die Schweiz Olympische Spiele durchführt, hat sie höchste Ansprüche zu erfüllen – und dann sind sie auch mit der Alpenkonvention kompatibel.

Was raten Sie den Initianten der Olympischen Winterspiele 2022 in Graubünden?

Es ist nicht an mir, Ratschläge zu erteilen. Olympische Winterspiele müssen ganz stark von der Region getragen werden.

Wird das Bundesamt für Raumentwicklung die Olympiakandidatur denn begleiten?

Nach dem Entscheid auf Bundesebene würden wir das Projekt sicher unterstützen. Schon die Fussball-EM in der Schweiz haben wir ganz eng begleitet, um alle Aspekte der Nachhaltigkeit – wie Mobilität und Versorgung – zu verankern.

Der Tourismus ist ein Wirtschaftszweig im Alpenraum, die Energienutzung ein anderer. Worauf setzen Sie?

Das ist kein Entweder-oder.

Wasserkraft ist eine der wenigen Rohstoffe der Schweiz – wie eine unversehrte Greina-Ebene?

Genau das ist eben das Spannungsfeld! Gemäss Energiestrategie 2050 muss und soll der Anteil erneuerbarer Energie wie die Wasserkraft zunehmen. Also geht es um ein Abwägen zwischen Energieproduktion und dem Schutz einmaliger Landschaften wie der Greina. Da muss sich die Politik verständigen.

Stichwort Politik: Wie haben Sie bei der Zweitwohnungsinitiative abgestimmt?

Nein – und aus guten Gründen, wie wir jetzt bei der Umsetzung sehen.

«Es war klar, dass Handlungsbedarf besteht»

Die ganze Politprominenz war perplex ob des Resultats – Sie auch?

Es war klar, dass im Zweitwohnungsbau Handlungsbedarf besteht. Deshalb haben die eidgenössischen Räte auch das Raumplanungsgesetz revidiert. Nun hat das Volk ein klares Signal gegeben: «Stopp, so nicht weiter.» Jetzt ist die Ausgangslage klar: Die Initiative ist umzusetzen, korrekt und pragmatisch.

Die jetzt vom Bundesrat vorgeschlagene Verordnung gefällt den Initianten gar nicht. Wurden sie denn nicht angehört?

Bundesrätin Doris Leuthard hat gleich nach dem Volksentscheid eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die drängendsten Fragen zu klären. Dort waren die Initianten selbstverständlich vertreten. Zudem haben Anhörungen stattgefunden, um den Kreis



«Strenge Vorschriften»: Maria Lezzi findet, die Lösung zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative sei ausgewogen. Bild Manuel Zingg/Ex-Press

der Interessensgruppierungen zu erweitern. Daher meinen wir, die Verordnung sei auf breite Akzeptanz gestossen.

Trotzdem sprechen Kritiker von einem Kniefall vor der Tourismus- und Bau-Lobby.

Das stimmt überhaupt nicht, die Lösung ist ausgewogen. Es sind sowohl die Anliegen der Initianten wie die der betroffenen Gemeinden berücksichtigt. Bei einer so komplexen und umstrittenen Materie ist jedoch klar, dass man es nie allen recht machen kann.

Die Verordnung enthält diverse Schlupflöcher für die Umnutzung von Hotels oder für Grossprojekte wie die Resorts in Andermatt und Grand Montana. Ist das gerecht?

Die Vorschriften sind streng. Die Umnutzung eines Hotels in Zweitwohnungen ist nur unter restriktiven Voraussetzungen überhaupt zulässig.

Auch die rund 100 000 Maiensässe und Rustici sind nicht betroffen – in höchst empfindlichen Landschaften.

Das ist richtig. Bei den Rustici und Maiensässen handelt es sich um Bauten, die eine Landschaft prägen. Das ausnahmsweise Umnutzen in Ferienwohnungen dient gerade dazu, die Landschaft überhaupt zu beleben. Denn die schützenswerten Landschaften im Tessin verschwinden, wenn sie niemand mehr bewirtschaftet. In diesen Fällen ist es zulässig, dass Rustici umgenutzt werden können. Aber es bestehen extrem hohe Auflagen.

Missbräuche sollen die Kantone und die Gemeinden bekämpfen. Wie?

Missbräuche können bei der Umwandlung von Erst- in Zweitwohnungen und beim Umnutzen von Hotels auftauchen. Hier müssen die Kantone und Gemeinden eingreifen, der Bund sagt aber nicht wie. Vorgesehen sind raumplanerische Massnahmen, Umsetzungsmoratorien für die Hotels, Gewinnabschöpfungen und ähnliche Instrumente.

Sanktionen bei Missbräuchen sieht die Verordnung aber nicht vor. Das ist für eine Gemeinde nicht gerade motivierend.

Es braucht ja immer noch Baugesuche, und dagegen können Nachbarn Einsprache einreichen. Zudem müssen uns die Bewilligungen für neue Zweitwohnungen vorgelegt werden.

Da kommt viel Arbeit auf Sie zu ...

Ja, und wir können intervenieren.

Notfalls entscheidet ein Gericht?

Das ist so. Wir gehen davon aus, dass es zu Leitentscheiden kommen wird – insbesondere auch zur Frage, was mit den Baugesuchen geschieht, die zwischen dem 11. März und Ende Jahr eingereicht worden sind und werden.

Wie ist Ihre Prognose: Wer profitiert von der ganzen Übung?

Eigentlich müsste die ganze Schweiz davon profitieren. Zurzeit macht das Staatssekretariat für Wirtschaft Untersuchungen über die Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative in den Regionen und im Tourismus. Kommen die Studien zum Schluss, dass es flankierende Massnahmen braucht, werden diese auf die Ausführungsgesetzgebung abgestimmt. Es kann sein, dass der Bund in der Standort- oder Tourismusförderung nachbessern muss.

Landschaftsschutz liegt im Trend: In Zürich wurde eine Initiative zum strikten Schutz von wertvollem Kulturland angenommen. Geht das?

Die Umsetzung wird zeigen, ob das überhaupt machbar ist. Die Frage, wie wir mit unserem fruchtbaren Boden umgehen, stellt sich nicht nur in Zürich. Wir haben bereits eine nächste Revision des Raumplanungsgesetzes in Vorbereitung – und dort ist das Kulturland eines der ganz grossen Themen.

Brauchen denn die Bauern mehr Unterstützung von den Raumplanern?

Es ist ein gegenseitiges Unterstützen. Wir haben ein absolut knappes Gut Boden – und noch begrenzter ist guter landwirtschaftlich nutzbarer Boden. Also ist haushälterisch damit umzugehen bis hin zur Frage, ob die besten ackerfähigen Böden, die sogenannten Fruchtfolgeflächen, noch stärker geschützt werden müssen.

Braucht gutes Agrarland denselben Schutz wie der Wald?

Für sehr gutes Agrarland muss der Schutz erhöht werden.

Der Schutz des Waldes mit dem uralten Waldgesetz wird inzwischen politisch infrage gestellt. Zu Recht?

Zu Recht dort, wo der Wald unglaublich schnell wächst: in den Alpen und in den Voralpen. Gegen ein generelles Aufheben des Waldschutzes gibt es aber Widerstand. Umfragen bestätigen ja regelmässig, wie wichtig der Wald der Bevölkerung ist.

Was halten Sie vom aktuellen Vorschlag einer Wald-Vignette für Biker, Jogger und Hündeler einzuführen?

Im Sinne einer Provokation kann diese Idee zu Diskussionen anregen. Es geht darum, wie wir mit dem Wald umgehen, wie stark er genutzt werden darf, und wer für die Kosten der Bewirtschaftung aufkommt. Aber dafür braucht es wohl differenziertere Lösungen als die Einführung einer Wald-Vignette.